

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 139-1 vom 24. November 2016**

## **Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel,**

zum Haushaltsgesetz 2017  
vor dem Deutschen Bundestag  
am 24. November 2016 in Berlin:

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Der Bundeshaushalt ist sozusagen in Zahlen geronnene Politik. Deswegen macht es auch Sinn, über die politischen Zusammenhänge zu sprechen, die hinter diesem Zahlenwerk stehen.

Wir alle merken ja, dass die Welt in ganz unterschiedlicher Hinsicht gerade neu vermessen wird. Wir erleben das an der rasanten Veränderung der Digitalisierung. Wir erleben es in der Auseinandersetzung zwischen sozialen und liberalen Demokratien auf der einen Seite und dem Anwachsen autoritärer Antworten auf der anderen Seite, nicht nur in anderen Teilen der Welt, sondern auch mitten bei uns in Europa. Wir erleben es auch im eigenen Land, indem wir trotz einer sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung auch feststellen, dass die Nervosität, die Sorge von Menschen über ihre Zukunft gestiegen ist. Ich glaube, dass wir mit dem Bundeshaushalt jedenfalls eine ganze Reihe von Angeboten geschaffen haben, um darauf zu reagieren.

Auf Deutschland kommt sehr viel Verantwortung zu. Wir sind ein Anker der Stabilität, der seine Stabilität auch nutzt, um andere zu stabilisieren. Deutschlands Aufgabe ist eben auch die einer gefestigten Demokratie: Menschen zu zeigen, dass sie trotz dieser Veränderungen in der Welt in unserem Land sicher und gut leben können.

Ich will am Anfang sagen: Trotz allem, was wir in diesen Monaten an Schwierigkeiten beobachten, trotz mancher Dinge, die in unserer Gesellschaft an den Rändern passieren, der Gewalt in der Sprache und der Gewalt im Alltag, die wir erleben: Dies ist nach wie vor eines der friedlichsten, eines der sichersten und eines der demokratischsten Länder der Welt. Die Menschen dieses Landes in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit gehen jeden Tag fleißig arbeiten, lesen ihren Kindern abends Bücher am Bett vor, engagieren sich in Sportvereinen, für Flüchtlinge, für Kultur und in Wirtschaftsverbänden. Das ist das Deutschland, finde ich, dessen Bild wir in der Öffentlichkeit stärken müssen, und nicht das, was wir ansonsten erleben.

Dieser Anker der Stabilität hat natürlich etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes zu tun. Es stimmt: Sie ist ausgesprochen gut. Seit drei Jahren ermöglichen die Wachstumsraten, eine Beschäftigtenzahl in Deutschland zu erreichen, die es noch nie gegeben hat: 43,5 Millionen Menschen – im nächsten Jahr möglicherweise 44 Millionen Menschen –, die in Deutschland Arbeit und Beschäftigung bekommen, und zwar nicht, wie manche behaupten, steigend in prekärer Beschäftigung, sondern, im Gegenteil, in steigender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, verbunden mit einer Abnahme prekärer Beschäftigung, mit steigenden Reallöhnen, mit einer Rentenerhöhung, die wir gerade hatten, der höchsten seit 20 Jahren, und mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 26 Jahren. Das ist das Pfund, mit dem wir wuchern und das es uns erlaubt, die gewaltige Aufgabe der Flüchtlingsintegration ohne Steuererhöhungen und ohne große Verteilungskämpfe, jedenfalls bisher, zu bewältigen.

Das zeigt auch, wie wichtig es ist, dass wir uns über die Frage unterhalten: Was können wir tun, damit das nicht nur jetzt so gut ist, sondern auch in zehn Jahren noch so gut ist? Das, glaube ich, bedeutet, dass wir vor allen Dingen mehr investieren müssen. Mit diesem Haushalt tun wir das schon. Das Investitionsvolumen des Bundeshaushaltes hat sich in den Jahren, in denen wir Haushalte beschlossen haben, um ein Drittel erhöht.

Wir haben eine gewaltige Entlastung, zum Beispiel der kommunalen Haushalte, mit Größenordnungen erreicht, die es in der Geschichte der Republik bisher nicht gegeben hat. Länder und Kommunen haben wir in dieser Legislaturperiode mit 70 Milliarden

Euro aus dem Bundeshaushalt entlastet. Das ist deshalb wichtig, weil die große Investitionstätigkeit in der Regel in den Kommunen stattfindet: früher zu fast drei Viertel, heute gerade noch zu 50 Prozent. Deswegen war es gut, dass wir die Kommunen entlastet haben. Daran müssen wir weiter festhalten.

Übrigens wird da eine Aufgabe auf uns zukommen, die wir, glaube ich, in der Gegenwart noch nicht richtig im Blick haben. Wir haben für vieles in unserer kommunalen Entwicklung Parameter: Zahlen, wie viele Menschen in einem Ort leben müssen, damit bestimmte Einrichtungen der Daseinsvorsorge existieren; Zahlen für Kliniken, geburtshilfliche Abteilungen; Zahlen für Ämter, für Gerichte vor Ort. Diese Zahlen wenden wir derzeit an. Das führt dazu, dass wir Ämter schließen, Gerichte schließen, Kliniken schließen, geburtshilfliche Abteilungen dort schließen, wo der demografische Wandel dazu führt, dass die Orte kleiner werden.

Ich glaube, dass wir so nicht weitermachen können. Ich glaube, dass über die kommunale Entlastung hinaus, die wir jetzt erreicht haben, sichergestellt werden muss, dass die öffentliche Daseinsvorsorge auch in kleiner werdenden Gemeinden existiert. Nicht nur die Kirche muss im Dorf bleiben, sondern zum Beispiel auch die Grundschule.

Ich sage das wirklich, weil es keine soziale und liberale Demokratie ohne soziale und offene Gemeinden und Dörfer gibt. Verwahrloste Städte und Gemeinden schaffen verwahrloste Köpfe und Seelen. Deswegen wird es sehr darauf ankommen, die Kraft der Dörfer, der Gemeinden, der Stadtteile und der Städte auch außerhalb der Ballungszentren deutlich zu stärken, damit Menschen wissen: Wir wissen, dass sie dort leben und auch leben wollen, sodass sie dort eine Heimat finden. – Heimat ist ein moderner Begriff. In einer Zeit, in der das Große wichtiger wird, wird auch das Kleine wieder wichtiger. Menschen brauchen sicheren Grund unter den Füßen, weil sie wissen, dass die Veränderungen, mit denen sie konfrontiert sind, nicht aufhören werden. Deshalb war es so wichtig, in dieser Periode die kommunale Finanzkraft und die kommunale Investitionskraft zu stärken.

Ich glaube, dass wir bei dieser Investitionstätigkeit diese Herausforderungen in den kommenden Jahren weiter annehmen müssen. Im Bereich der Digitalisierung hat der Kollege Dobrindt schon vieles auf den Weg gebracht. Die digitale Infrastruktur wird

sich aber noch weiter entwickeln müssen. Das gilt nicht nur für die Fläche, sondern vor allen Dingen auch für die Geschwindigkeit. Dort, wo Unternehmen sie brauchen, um neue Geschäftsfelder zu entwickeln und wettbewerbsfähig zu bleiben, werden wir sie weiter ausbauen müssen.

Wir haben einen gigantischen Sanierungsstau von 34 Milliarden Euro im Bereich unserer Schulen. Wir brauchen mehr Geld. Es ist gut, dass es mithilfe der Bund-Länder-Finanzverhandlungen gelungen ist, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung wenigstens im Investitionsbereich zu lockern. Wir wollen dort in den nächsten Jahren mehr investieren.

Ich glaube übrigens, das ganze Thema Fachkräftemangel kann man nicht nur durch Zuwanderung lösen, sondern man muss es vor allen Dingen auch dadurch lösen, dass wir da, wo wir immer noch Bildungsferne vererben, in den schwierigen Stadtteilen, mehr dafür tun, dass junge Leute in unserem Land besser gefördert werden. Die besten Schulen müssen in den schwierigsten Stadtteilen stehen. Da müssen sie Leuchttürme unserer Gesellschaft sein.

Auch da schaffen wir einiges. Ich bin dem Kollegen Schäuble sehr dankbar dafür. Denn sozusagen ein bisschen angehängt an den Haushalt jetzt machen wir den Nachtragshaushalt. Dort erweitern wir noch einmal das kommunale Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen. Das soll gerade den Einstieg in die Sanierung von Schulen in schwierigen Stadtteilen mit verbinden.

Das heißt, wir zeigen in dem Haushalt überall, dass Investitionen im Mittelpunkt stehen. Aber lassen Sie uns auch offen sagen, dass wir, gerade weil wir vor einem Wahljahr stehen, alle miteinander aufpassen müssen, dass wir in diesem Wahljahr durch die unterschiedlichen Möglichkeiten, die man hat – um es einmal zurückhaltend zu sagen –, nicht die Investitionsmöglichkeiten im nächsten und übernächsten Haushalt reduzieren. Denn die Wahrheit ist, dass es uns auch deshalb finanziell so gut geht, weil wir eine Niedrigzinsphase haben. Wir sparen 20 Milliarden Euro pro Jahr durch niedrige Zinsen. Ich glaube nicht, dass man davon ausgehen kann, dass das dauerhaft so bleibt. Im Übrigen wollen wir sogar höhere Zinsen, wegen anderer Themen, die uns auch belasten.

Deswegen verbieten sich zwei Dinge. Ich sage das auch an die Adresse meiner eigenen Fraktion. Es verbieten sich zu schnelle und zu große konsumtive Versprechungen neuer Ausgabenpakete, die man nicht nachhaltig finanzieren kann. – Ich wusste, dass die Kollegen aus der Union da klatschen. – Aber wissen Sie, was sich auch verbietet? Gigantische Steuersenkungsversprechen, von denen man nicht weiß, ob man sie bezahlen kann.

Noch gefährlicher wird es, wenn wir uns – ausgelöst durch die Probleme in Großbritannien – in Europa auf eine neue Runde der Senkung von Unternehmenssteuern einlassen. Ich lese Ihnen einmal etwas aus der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern vor. Da heißt es:

„Der Wettbewerb um Niedrigsteuern ist auch ein Wettbewerb um das richtige gesellschaftspolitische Konzept. Die Regierungen in Washington und London wollen Unternehmen und Kapital ins Land holen, um zu beweisen, dass es richtig ist, sich ins Nationale zurückzuziehen. Es ist an den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit einem gemeinsamen Steuerkonzept ihrerseits zu beweisen, dass die Bürger davon profitieren, wenn sie einer Gemeinschaft angehören. Statt Deutschland zum Steuerparadies auszubauen ... Die Steuerpläne in den USA sollten die Europäer motivieren, sich endlich auf eine einheitliche Grundlage zur Besteuerung von Unternehmen zu einigen. Es wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.“

Mehr muss man zu diesem Thema eigentlich nicht sagen.

Hier ist in den unterschiedlichsten Reden oft von Maß und Mitte gesprochen worden. Ich finde, Maß und Mitte heißt auch, mit den guten Zahlen, die wir jetzt haben, vorsichtig umzugehen, auch was konsumtive Ausgabenversprechungen angeht. Ich finde zum Beispiel, dass die Koalition gerade auf einem guten Weg ist, in der Rentenpolitik Maß und Mitte zu behalten. Das liegt an Andrea Nahles, aber auch an dem Bewusstsein in der Koalition, dass da manches getan werden muss, aber dass wir nicht alles versprechen können.

Maß und Mitte müssen wir aber auch in der Frage behalten, wie wir mit Steuersenkungen umgehen. Statt mit der Gießkanne durch die Lande zu ziehen, ist es besser, Familien und Alleinerziehende gezielt zu entlasten, zum Beispiel durch die bundesweite Abschaffung von Kindertagesstättengebühren. Das ist besser für die Familien und bringt mehr als manches andere.

Ich sage das immer wieder vor dem Hintergrund, dass wir die Stabilität im Land bewahren müssen. Das geht nur durch Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Der Kollege Mattfeldt hat eben gesagt – das wurde ein bisschen belächelt –: Offenbar muss zuerst die Wirtschaft florieren, bevor wir über andere Fragen reden. – Da hat er recht. Wo wären wir jetzt in der Flüchtlingsdebatte bei steigender Arbeitslosigkeit oder schlechtem Wirtschaftswachstum? Deswegen ist es kein Widerspruch, gleichzeitig von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Stabilität zu reden. Beides gehört zusammen; da hat er völlig recht. Das ist sehr wichtig; denn wir merken, dass es Abstiegsängste in Deutschland gibt, selbst bei denjenigen, denen es gut geht.

Die FAZ hat vor ein paar Tagen etwas Richtiges geschrieben:

„Wenn es also etwas ernst zu nehmen gibt am Ressentiment der Zukurzgekommenen, dann ist es nicht das Ressentiment; es ist die Zukurzgekommenheit.“

Wir können trotz guter Entwicklung nicht übersehen, dass es Menschen bei uns gibt, die sich nicht beachtet fühlen, die nicht den Traum ihrer Eltern erleben, dass man durch Arbeit für sich und seine Kinder ein besseres Leben bekommt, sondern die kleine Einkommen haben, prekär beschäftigt sind und erleben, dass ihre Kinder trotz guter Ausbildung nur in Zeitarbeit sind, sowie, Frau Kollegin Hajduk, die Sorge haben, dass die gemeinsame Politik der hier im Bundestag vertretenen Parteien sie gar nicht mehr beachtet.

Ja, ich habe mit Absicht das Datum für den Kohleausstieg nicht genannt. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Wissen Sie, warum? Weil ich es für anständig halte, denen, die davon betroffen sind, zuerst eine reale Perspektive für sich und ihre Kinder zu geben und sie nicht mit Gutachten zu verträsten, um gleichzeitig den Tag festzustellen, an dem sie ihren Job los sind. Das will ich nicht.

Sie können das hier im Bundestag und im Wahlkampf noch ein paarmal behaupten. Jeder weiß, dass die Klimaschutzziele bei der bisherigen Höhe der Kohleverstromung in Deutschland nicht zu erreichen sind. Das wissen auch die Betroffenen. Sie wissen, dass die Bedeutung der Kohle abnehmen wird. Aber ich, der ich aus einem Gebiet komme, in dem ein Strukturwandel in den 70er- und 80er-Jahren stattgefunden hat, habe die Erfahrung gemacht, dass man von der Politik immer Versprechungen bekommt, wie viele Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Ich kann Ihnen die entsprechenden Stichworte dazu nennen. „Man muss die regionalen Potenziale heben“ und andere theoretische Formulierungen sind dann zu hören. Prognos und andere erstellen dann bändeweise Gutachten und verdienen sich daran eine goldene Nase. Aber am Ende passiert nur eines: Die Jobs sind weg, und die Perspektiven sind auf dem Papier geblieben.

– Sie reden doch gleich, Herr Kollege Krischer. Dann höre ich Ihnen wieder geduldig zu. Versuchen Sie es doch umgekehrt auch einmal. Wir müssen ja nicht einer Meinung sein. Im Gegenteil: In dieser Frage ist es ganz gut, wenn wir nicht einer Meinung sind.

Wir haben in der Koalition deswegen sehr präzise beschrieben, was wir machen wollen, und haben eine Kommission eingesetzt, um zu klären, wie die realistischen Perspektiven für Ersatzarbeitsplätze aussehen. Da steht nicht, dass wir aus der Kohle aussteigen. Aber die Reihenfolge ist wichtig.

Ich sage Ihnen: Ich kenne zu viele Potenziale in der deutschen Bevölkerung, die sich von uns nicht mehr wahrgenommen fühlen und deshalb in andere Richtungen schauen. Ich will nicht, dass diese Potenziale zunehmen. Die Arbeitsplätze, über die wir derzeit reden, sind sicher, tarifvertraglich gut bezahlt und in der Mitbestimmung verankert. Den betroffenen Menschen will ich nicht signalisieren: Ihr interessiert uns gar nicht; uns interessiert ausschließlich das Datum des Kohleausstiegs. – Deswegen habe ich das Datum herausgestrichen.

Sie haben noch gesagt, Kanada sei viel besser. Aber dann sagen Sie auch, dass Kanada für Fracking ist – genau, Herr Heil, auch für CCS – und dass in Kanada eine Energiepolitik betrieben wird, die Sie hier – übrigens aus guten Gründen – bekämpfen.

Die Alternative in Kanada zur Kohle sind nicht die Erneuerbaren, sondern die unkonventionelle Gasförderung und Ölsande. Das verschweigen Sie in der Debatte. Im Übrigen gibt es kein Land der Erde, das einen solchen detaillierten Klimaschutzplan auf den Tisch gelegt hat, wie wir ihn in der vorletzten Woche im Kabinett beschlossen haben – kein Land der Erde! Wir sind die Einzigen, die das machen.

Frau Kollegin Hajduk, ja, das birgt ein Risiko. Wenn man sich auf klare Ziele festlegt – Deutschland hat das in jeder Regierung getan –, birgt das das Risiko, dass man die Ziele auch verfehlt. Dann muss man – da haben Sie völlig recht, das ist auch Ihr Argument – darüber streiten: Ist das richtig gemacht worden? Sind die richtigen Maßnahmen eingesetzt worden? Aber tun Sie nicht immer so, als würden wir uns keine Ziele setzen. Wir sind beim Klimaschutz nicht so pflaumenweich in unseren Formulierungen wie der Rest der Welt. Wir müssen schon darauf achten, dass in diesem Land industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Es gibt noch eine Gruppe, um die wir uns kümmern müssen, auch im Zusammenhang mit dem Thema ETS, also Emissionshandel in Europa: Ich will nicht, dass die Stahlarbeiter in Deutschland den Eindruck haben, die offenen Märkte und der Klimaschutz seien uns wichtig, aber nicht ihre Jobs in der deutschen Stahlindustrie. Das will ich nicht, dazu bekenne ich mich.

Ich finde, dass wir mit dem, was wir in der Regierung jetzt getan haben, beides auf den Weg bringen. Wir bringen auf den Weg, dass wir wirtschaftlichen Erfolg sichern oder jedenfalls Bedingungen dafür schaffen wollen und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt. Die Regierung hat hier in dieser Periode eben beides geschafft: Sie hat die Investitionen ausgebaut. Frau Kollegin Hajduk, wir geben übrigens in der Digitalisierung über eine Milliarde Euro bis 2020 aus. Da sagen Sie, das gehe nicht an die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

– Ja, wissen Sie, Frau Hajduk, der Unterschied zwischen uns beiden ist: Wir schauen ab und zu hin, ob die Politik mit der Praxis in Einklang zu bringen ist. Wenn wir merken, dass sich die Praxis ändert, dann ändern wir das. So einfach ist das.



– Ja, wir haben die Prioritäten geändert. Wissen Sie, warum? Wenn uns die Mikroelektronik verloren geht, dann haben auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich der Digitalisierung keine Chance mehr. Dann werden wir verlängerte Werkbank. Das ist der Grund, warum wir dort über eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren investieren.

Wenn Sie sagen: Da haben Sie Ihre Prioritäten gewechselt, dann sage ich: Wissen Sie was, Sie haben recht, weil es nötig war, haben wir es gemacht.

Der Grund, Frau Hajduk, warum wir die dafür vorhandenen Förderprogramme ausgebaut haben, ist, dass beides notwendig ist. Wenn Sie sagen, Sie finden es auch vernünftig für die Kleinen und Mittleren, sich in der Mikroelektronik nicht abhängen zu lassen.

Wir beide sind uns einig: Das hilft kleinen und mittleren Unternehmen. Und wir beide sind uns auch einig: Es wäre gut, wenn wir die mittelständischen Förderprogramme noch mehr, als es diese Koalition bereits getan hat, ausbauen würden.

Ich will noch *zwei* Bemerkungen machen.

Eines ist hier etwas zu kurz gekommen, aber wir haben an anderer Stelle Gelegenheit, das auszuführen. Wir haben Gewaltiges in der Energiewende geleistet. Übrigens ist keine der Prognosen, die zum Thema Windenergie aufgestellt wurden, eingetroffen – Ende des Ausbaus, Stopp der erneuerbaren Energien –, als wir das EEG novelliert haben. Wir nähern uns wieder Rekordjahren, zum Ärger von Michael Fuchs. Ich finde, wir haben gerade dort den Markt fit für die erneuerbaren Energien gemacht und die erneuerbaren fit für den Markt.

Übrigens, Frau Kollegin, ich bin deshalb gegen große Förderprogramme für Speichertechnologien, weil sie nur eine Flexibilitätsoption darstellen. Sie haben sich an einer Stelle in Ihrer Rede massiv widersprochen. Sie können nicht für den Markt plädieren und dann mit einer Technologie Markteingriffe machen. Damit befördern Sie möglicherweise die falsche Technologie. Deswegen glaube ich, dass wir vieles richtig gemacht haben.

Der letzte Punkt. Ich glaube, dass es auch richtig war, mit Mindestlohn und vielen anderen Dingen zu zeigen, dass wir die soziale Marktwirtschaft in unserem Land erneuern. Das stimmt, und das ist der Grund, warum ich für die 15.000 Beschäftigten bei Kaiser's Tengelman kämpfe – offensichtlich jetzt mit ziemlich großem Erfolg.

Am Ende – das wird Frau Dröge nicht gefallen – ist all das, was wir jetzt erreichen, nur durch die Ministererlaubnis überhaupt erreichbar gewesen; sonst würden die nicht einmal miteinander reden. Sie würden sich weiter zulasten der Beschäftigten bekämpfen. Ich glaube, dass das auch die Antwort auf die Verunsicherung in der Welt ist. Die Menschen bekommen zwei Angebote. Das eine Angebot lautet: Pass dich an, die Globalisierung ist eben so. – Das andere Angebot besteht darin, Mauern hochzuziehen.

Wir geben ein *drittes* Angebot. Dazu zählt übrigens auch CETA. Wir geben das Angebot, für Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft zu kämpfen, und zwar nicht nur national, sondern europäisch und international. Das ist die beste Antwort, die in der Geschichte der Industrialisierung, in der Geschichte Europas und in der Geschichte unseres Landes überhaupt gegeben wurde. Sie ist nicht aus dem 20. Jahrhundert; sie ist eine ganz moderne Antwort auch auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Aber wir müssen unter Beweis stellen, dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt und Sicherheit in unserem Land geleistet werden, damit andere diesem Versprechen trauen und ihm folgen.

\* \* \* \* \*